



Gemeindeverband Langenlonsheim-Stromberg

PRESSEMITTEILUNG vom 28. Januar 2026

Der Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes und der CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat Peter Schmitt äußert sich zur Stellungnahme der VG-SPD in Bezug auf die Absage der Landesregierung zum Regionalen Zukunftsprogramm

Mit Interesse und teilweiser Belustigung habe ich die Stellungnahme der SPD-Ratskollegen gelesen. Bürgermeister Cyfka hat es gewagt, etwas Kritik in Richtung Landesregierung zu sagen.

Gleich fühlt sich die SPD vor Ort auf den Schlipps getreten. „Man hat den Eindruck die SPD hat das Land Rheinland-Pfalz gepachtet. Es wird Zeit, dass die Wähler am 22. März 2026 diesen Pachtvertrag kündigen,“ so Peter Schmitt.

Matthias Schütte muss dazu allerdings etwas schreiben, da er ja beim SPD-Innenministerium beschäftigt ist. Das macht sich in Wahlzeiten beim Arbeitgeber immer gut. Er meinte, man brauche tragfähige und realistische Projekte um Zuschüsse einzuwerben. Die haben wir beispielsweise mit den Schulprojekten in Rümmelsheim und Langenlonsheim. Nach Jahren intensiver Verhandlungen mit der ADD = Amt für Dichter und Denker (nachgeordnete Behörde des Innenministeriums), haben wir noch immer keine Zuschussbescheide. Aber fortgelaufene Preise.

Peter Sykes klagt über die hohen Umlagesätze. Warum eigentlich? Die SPD Ratsfraktion hat der Verbandsgemeindeumlage zugestimmt. Auch dem Haushalt. Schön, dass man über sich selbst klagt.

Ab und zu sollte man in Ratsprotokollen nachlesen. Dann bräuchte man sich auch nicht über fehlende Jahresabschlüsse auszulassen. Hier ist die Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg bei. Ganz anders sieht es in einer bis vor kurzer Zeit SPD geführten Verbandsgemeinde im Landkreis Bad Kreuznach aus. Dort ist man ein Jahrzehnt zurück.

Es ist aber klar, die SPD geführte Landesregierung hat der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg aus dem Zukunftsprogramm keinen müden Euro zukommen lassen. Andere bekamen Hunderttausende oder Millionen. Die Schlüsselzuweisungen gibt es

bei uns auch nicht mehr. Ein zusätzliches Minus von rund 850.000 Euro. Dazu fällt den SPD-Ratskollegen nichts ein, außer Ablenkungsmanöver.

Wie wäre es, da mal ein Gespräch in Mainz mit Parteifreunden, oder wie man dort sagt mit Genossen, zu führen. Vielleicht erreicht man mit dem Gespräch etwas, für unsere Verbandsgemeinde, unsere Ortsgemeinden, der Stadt Stromberg und somit für die Bürgerinnen und Bürger.